



MINISTERIALBLÄTT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 19. November 1985

Nummer 72

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2374	2. 10. 1985	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Wohngeld	1532

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 19 v. 1. 10. 1985	1577
	Nr. 20 v. 15. 10. 1985	1577
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 57 v. 21. 10. 1985	1578

2374

I.

Wohngeld

RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr
v. 2. 10. 1985 – IV C 4 – 4082 – 1903/85

Der RdErl. v. 8. 4. 1983 (SMBL. NW. 2374) wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 1.4 wird folgende Nummer 1.5 eingefügt:

1.5 Allgemeine Zahlungsanordnung

Für die Wohngeldzahlungen wird hiermit allgemeine Zahlungsanordnung erteilt.

2. Die Anlagen 1 bis 15 werden durch die neugefaßten Vordrucke „Anlagen 1 bis 15“ ersetzt.

Anlagen
1 bis 15

Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuterte Zeilen sind mit einem versehen, wie z. B. Zeile ②.

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Erstantrag

Wiederholungsantrag wegen Ablaufs des Bewilligungszeitraumes

Erhöhungsantrag

Antragberechtigt ist, wer den Mietvertrag unterschrieben hat. Haben mehrere Familienmitglieder den Mietvertrag gemeinsam abgeschlossen, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

(Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnr., Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin Selbständiger Beamter Angestellter Arbeiter Rentner Pensionär

Student / Auszubildender sonst. Nichterwerbstätiger

z. Z. arbeitslos ja nein

② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend?

(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in Ausbildung befindlichen Personen zu).

ja nein

Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnr., Postleitzahl, Ort, Telefon)

4 Ich bin

Hauptmieter/Inhaber einer Genossenschaftswohnung oder sonstiger Nutzungsberechtigter (z. B. Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts) Untermieter Heimbewohner und benutze ein Einbettzimmer ein Mehrbettzimmer

Ich bewohne Wohnraum im eigenen Mehrfamilienhaus

5 Wer ist der Vermieter bzw. im Falle der Unter Vermietung der Hauptmieter des Wohnraumes?

(Name, Anschrift)

6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmals bezugsfertig geworden?

(Jahr)

Falls Sie diese oder weitere Fragen zum Wohnraum nicht beantworten können, fragen Sie bitte Ihren Vermieter.

8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja nein

Falls ja, wann?

(Jahr)

9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden?

ja nein

10 Mein Wohnraum hat eine Gesamtfläche von _____ m².

Falls Sie Untermieter sind, geben Sie bitte die Quadratmeterzahl der Räume an, die Sie gemietet haben.

Von der Gesamtfläche sind _____ m² einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich (z. B. untervermietet) überlassen worden;
m² werden ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt.

Falls Sie untervermietet haben, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

* Nichtzutreffendes bitte streichen

72

1534

11 Der Wohnraum ist abgetrennt mit
12 Stühlen ein unvergängliche Wohnnacht zu?
Die Miete das Nutzungsentzug betrifft einschließlich der Nebenkosten (z. B. Umlegen, Zuordnung) monatlich.
Dreher Betrag ist vom (Name, Vorname, Jahr)

13 Die Miete wird auch zusammen aus der Grundmiete und den Nebenkosten. Zu den Nebenkosten gehören z. B. die Kosten der Sammelheizung und des oder eines Gartens gehörende ebenfalls nicht zur Miete.
Ebenwendung gehörende laufende Leistungen für periodische Bewirtschaftung und Wartung, die den Bereich eines Wohnhauses zu untersuchen hat, zu klein.

14 Wohnen in ihrem Wohnraum Familienmitglieder oder andere Personen, die nicht zum Haushalt gehören? ja nein
Falls ja, wer? _____
(Name, Vorname)

15 Ist ein Familienmitglied, das zu Ihrem Haushalt gerechnet hat, innerhalb der letzten 24 Monate verstorben? ja nein
Falls ja, wer und wann? _____
(Name, Vorname, Datum)

16 Haben Sie den Wohnraum nach dem Tod des Familienmitgliedes genehmigt? ja nein
Falls ja, wann? _____
(Name, Vorname, Jahr)

17 Wohnen in ihrem Wohnraum Familienmitglieder oder andere Personen, die nicht zum Haushalt gehören? ja nein
Falls ja, wer? _____
(Name, Vorname)

18 Ist ein Familienmitglied, das zu Ihrem Haushalt gerechnet hat, innerhalb der letzten 24 Monate verstorben? ja nein
Falls ja, wer und wann? _____
(Name, Vorname, Datum)

19 Haben Sie nach dem Tod des Familienmitgliedes eine weitere Person in den Haushalt aufgenommen? ja nein
Falls ja, wen und wann? _____
(Name, Vorname, Datum)

20 Haben sich die Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10% H. erhöhen? ja nein
Falls ja, wieviel? _____
(Name, Vorname, Datum)

21 Werden sich die Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10% H. erhöhen? ja nein
Falls ja, bei wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich? _____
(Name, Vorname, Datum)

22 Rechnen Sie private oder öffentliche Leistungen gewidmet werden? ja nein
Falls ja, für welche Kinder? _____
(Name, Vorname)

23 Rechnen Sie die Verminderung der Einnahmen oder für die erhebliche Erhöhung der Einnahmen (z. B. Rentenantrag);
Grund für die Verminderung der Einnahmen oder für die erhebliche Erhöhung der Einnahmen (z. B. Rentenantrag);
Wer ist der Empfänger der Leistung(en)? _____
(Name, Vorname)

24 Wie hoch sind die Leistungen monatlich insgesamt? _____ DM
Erhält sie dafür der Grundpreis einschließlich Mehrwertsteuer monatlich? ja nein
Falls ja, von wem erhalten Sie die Leistung bzw. bei wem haben Sie den Antrag gestellt? _____
(Name, Vorname)

25 Bekommen Sie private oder öffentliche Zuschüsse zur Bezahlung der Miete (z. B. von Verwandten, vom Arbeitgeber, Haushaltsgleich)? ja nein
Falls ja, von wem, seit wann und in welcher Höhe monatlich? _____
(Name, Vorname, Datum)

einschließlich vorübergehend Abwesender, die folgende Einnahmen haben:

Es sind alle Einnahmen in Geld oder Gekleidet anzuzeigen, ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht auf ob sie steuerpflichtig sind oder nicht. Auch ehemalige Einnahmen sind anzugeben. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Bruttobetrag ein, und zwar grundsätzlich vor der Antragstellung anzugeben. Personen, die zur Einkommenssteuer veranlagt werden, geben bitte die im letzten Einkommensjahr veranlagte, oder der letzten Einkommenssteuererklärung ausgewiesenen Einkünfte an.
Z1 den Einnahmen gehören u. a. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen, Ruhegelder, Wohnen- und Wissengelder, Ruhegelder, Wenigenelder, Renten (auch Zusatzrenten), Betriebsrente, Einnahmen aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen

Lfd. Nr.	Familienname, Vorname, ggf. Geburtsname	Parrentstand (fam., verh., gesch., verw.)	gebräum am	Vereinfachtheit- verhältnis zum Antragsteller	z. 2. ausgedrückter Beruf	Art der Einnahmen	Bruttonehmen (DM*)	Wert Leih- oder Betriebsgenou- verhältnis zu Bruttonehmen (DM*)	Wert Leih- oder Betriebsgenou- verhältnis zu Bruttonehmen (DM*)	ja	nein	(ja, wenn ja nur wenn keine Sicher gesichert)
1	Antragsteller											
2												
3												
4												
5												
6												
7												
8												

23 Erhält eine zum Haushalt rechnende Person Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für Kinder, die nicht zum Haushalt gehören?

ja nein

Falls ja, für welche Kinder?

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)

Wer ist der Empfänger der Leistungen?

(Name, Vorname)

24 Werden von den zu Ihrem Haushalt rechnenden Personen Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind
(z. B. für nicht zum Haushalt rechnende Kinder)?

ja nein

Falls ja, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

25 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

26 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten?

ja nein

Falls ja, wer?

(Name, Vorname)

27 Ich bitte, das Wohngeld auszuzahlen an

mich folgende Person

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr.

bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt

Bankleitzahl

28 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 16 aufgeführten Familienmitglieder und anderen Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlaß des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen.
- b) unverzüglich anzugeben, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird.
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind.

Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- (1) Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Mieter, Untermieter oder ihnen vergleichbarer Nutzungsberchtigter (Inhaber einer Genossenschafts- oder Stiftswohnung, Heimbewohner, Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts) sind. Ferner sind antragberechtigt Eigentümer von Mehrfamilienhäusern, gemischt genutzten Gebäuden oder Geschäftshäusern, wenn sie Wohnraum im eigenen Haus bewohnen; ihnen stehen Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern gleich, die neben dem Wohnraum in solchem Umfang Geschäftsräume enthalten, daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- (2) Vorübergehend abwesende Familienmitglieder rechnen zum Familienhaushalt.

Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit.

Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungsschädigung, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seeleute, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstanlalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

- (11) Als Sammelheizung gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachtstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelöfenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.

- (14) Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Miete für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.

- (16) Familienmitglieder sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen:

- Ehegatte,
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Neffe,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Neffe und Nichte des Ehegatten,
- Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershöfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragsszahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- (18) Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Miete bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.
- (19) Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.
- (25) Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.
Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.
Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwBG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwBG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Mietvertrag, Ergänzungsvereinbarungen, Bescheinigung des Vermieters,
- m) Mietquittungen,
- n) Erklärung des Vermieters über Mieterhöhungen,
- o) Nachweis über Unter vermietung.

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

Anlage zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

vom _____

bei entgeltlicher Überlassung des Wohnraums an einen Dritten, insbesondere bei Unter Vermietung

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie Zutreffendes so an ☐.

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist,
bitte einsetzen)

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnr., Postleitzahl, Ort, ggf. Telefonnummer)

Ich habe den Wohnraum überlassen an:

Name, Vorname

Der überlassene Wohnraum umfaßt _____ m².

Für den überlassenen Wohnraum erhalte ich einschließlich Nebenkosten monatlich

DM.

Falls in den Beträgen Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Nebenkosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie diese nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.

- | | |
|--|----------|
| <input type="checkbox"/> Kosten der Zentralheizung/Fernheizung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Untermietzuschläge | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für gewerbliche oder berufliche Benutzung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Vollmöblierung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Teilmöblierung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Kühlischrankbenutzung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Stromverbrauch | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Bett- und Tischwäsche | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für die Reinigung des Wohnraums | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> Zuschläge für Verpflegung | _____ DM |
| <input type="checkbox"/> _____ | _____ DM |

Ort, Datum, Unterschrift des Antragstellers

Ort, Datum, Unterschrift des Untermieters/Nutzungsberechtigten

Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuterungszeilen sind mit einem versehen, wie z. B. Zeile ②

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Erstantrag

Wiederholungsantrag wegen Ablaufs
des Bewilligungszeitraumes

Erhöhungsantrag

Antragberechtigt ist, wer Eigentümer des Wohnraumes ist. Sind mehrere Familienmitglieder Eigentümer, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

(Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnr., Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin Selbständiger Beamter Angestellter Arbeiter Rentner Pensionär
 Student / Auszubildender sonst. Nichterwerbstätiger
 z. Z. arbeitslos ja nein

② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend?

ja

nein

(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in der Ausbildung befindlichen Personen zu).

Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnr., Postleitzahl, Ort, Telefon)

4 Ich bewohne
 ein Eigenheim eine Eigentumswohnung eine Kleinsiedlung
 eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle eine landwirtschaftliche Vollerwerbsstelle
 eine Wohnung in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts

5 Falls Sie nicht selbst Eigentümer oder alleiniger Eigentümer sind, wer ist Eigentümer bzw. Miteigentümer?

(Name, Vorname, Anschrift)

6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmalig bezugsfertig geworden?

(Jahr)

8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja nein
 Falls ja, wann?

(Jahr)

9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden? ja nein

* Nichtzutreffendes bitte streichen

1551

22 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

- a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80
- b) Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind
- c) Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten
- d) Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes
- e) Vertriebene/Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes
- f) Zuwanderer im Sinne des Flüchtlingshilfegesetzes
- g) Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes

Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

23 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten? ja nein

Falls ja, wer?

(Name, Vorname)

24 Ich bitte, das Wohngeld auszuzahlen an mich folgende Person

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr.

bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt

Bankleitzahl

25 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 17 aufgeführten Familienmitglieder und andere Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlaß des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen,
- b) unverzüglich anzugeben, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird,
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind.

Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- (1) Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Eigentümer eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle oder Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts sind. Antragsberechtigt ist auch, wer Anspruch auf Übereignung eines Gebäudes oder Anspruch auf Bestellung oder Übertragung des Wohnungseigentums oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts hat. Einen Antrag kann ferner der Erbbauberechtigte oder Wohnungserbauberechtigte sowie derjenige stellen, der einen Anspruch auf Einräumung oder Übertragung des Erbbaurechts oder Wohnungserbbaurechts hat.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- (2) Vorübergehend abwesende Familienmitglieder rechnen zum Familienhaushalt.

Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit.

Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungsschädigung, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seefahrer, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

- (11) Als Sammelheizung gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelofenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.

- (12) Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Belastung für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.

- (14) Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Belastung bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.

- (15) Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.

- (17) Familienmitglieder sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen

- Ehegatte,
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Neffe,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Neffe und Nichte des Ehegatten,
- Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Errichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragss Zahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- (23) Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.

Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.

Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwBG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwBG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Nachweis über die Belastung aus dem Kapitaldienst
- m) Nachweis über die Höhe der Grundsteuer und der Verwaltungskosten an andere
- n) Nachweis über Erträge aus der Überlassung von Räumen und Flächen an andere
- o) Nachweis über die Beiträge anderer zur Aufbringung der Belastung

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

1555

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

**Anlage zum Antrag auf Wohngeld vom _____
zur Ermittlung der Belastung aus Kapitaldienst und Bewirtschaftung**

1 Antragsteller (Name, Vorname, ggf Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, ggf Stockwerk oder Wohnungs-Nr., Postleitzahl, Ort, ggf Telefon)

2 Für das Gebäude/die Wohnung ist folgende jährliche Belastung aus Fremdmitteln aufzubringen:

Zu den Fremdmitteln gehören Darlehen, gestundete Restkaufgelder und gestundete öffentliche Lasten des Grundstücks mit Ausnahme der Hypothekengewinnabgabe.

Darlehenszweck	Gläubiger	Betrag des Fremdmittels DM	Zinsen DM	Tilgung DM	Lfd. Nebenleistungen DM

3 Falls ein Fremdmittel eine Festgeldhypothek ist, für deren Rückzahlung eine Personenversicherung abgeschlossen ist, geben Sie bitte das Fremdmittel an:

Wie hoch ist die jährliche Prämie? _____ DM.

4 Falls ein Fremdmittel nach dem 20. 06. 1948 zur Ersetzung oder Ablösung eines anderen Fremdmittels aufgenommen worden ist, geben Sie bitte an
 - den Restbetrag/Ablösungsbetrag des ersetzen/abgelösten Fremdmittels im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM,
 - die Jahresleistung für Zinsen, lautende Nebenleistungen und Tilgung im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM.

Eine Ersetzung liegt nicht vor, wenn an die Stelle eines Zwischenfinanzierungsmittels ein Dauerfinanzierungsmittel getreten ist. Eine Ablösung liegt vor, wenn ein öffentliches Baudarlehen vorzeitig vollständig zurückgezahlt worden ist.

- 5 Für das Gebäude/die Wohnung habe ich darüber hinaus folgende jährliche Aufwendungen:
- Laufende Bürgschaftskosten _____ DM
- Erbbauzinsen _____ DM
- Leibrenten und sonstige wiederkehrende Leistungen
in folgender Art _____ DM
- mit folgendem Jahresbetrag _____ DM
- Grundsteuer _____ DM
- Verwaltungskosten an andere _____ DM
- Nutzungsentgelt (siehe nachstehende Erläuterungen) _____ DM
- Kosten für die Fernheizung insgesamt _____ DM
darin beträgt der Grundpreis einschl. Mehrwertsteuer _____ DM
- Pachtzins für eine gepachtete Landzulage zu einer Kleinsiedlung oder
landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle _____ DM.

Ein Nutzungsentgelt kommt namentlich bei Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen, Eigentumswohnungen und Wohnungen in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts in Betracht. Aus dem Nutzungsentgelt bestreitet der Verkäufer bis zur Übertragung des Eigentums auf den Antragberechtigten oder der Verwalter die Ausgaben für den Kapitaldienst und die Bewirtschaftung. Soweit Belastungen aus dem Kapitaldienst bereits in Zeile 1 oder Belastungen aus der Bewirtschaftung an anderer Stelle im einzelnen angegeben sind, können hier nur die weiteren Belastungen aus der Bewirtschaftung eingesetzt werden.

- 6 Seit wann bringen Sie die Belastung für das Gebäude/die Wohnung auf? (Tag, Monat, Jahr) _____
- 7 Bekommen Sie Zuschüsse zur Aufbringung der Belastung, insbesondere Aufwendungsbeihilfen, Zins- oder Annuitätszuschüsse oder andere Beiträge Dritter, z. B. vom Arbeitgeber ja nein
Falls ja, von wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Name, Vorname, Anschrift, Datum, DM)

- 8 Falls Sie einen Teil der Gesamtfläche des Gebäudes/der Wohnung einem anderen entgeltlich zum Gebrauch überlassen (z. B. vermietet) haben, geben Sie bitte die Höhe des monatlichen Entgelts an: _____ DM.
- 9 Falls in dem Entgelt Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Nebenkosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie die Nebenkosten nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.
- Kosten der Zentralheizung/Fernheizung _____ DM
- Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser _____ DM
- Zuschläge für Vollmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Teilmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Kühlschrankbenutzung _____ DM
- Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung _____ DM
- 10 Falls zu dem Gebäude/der Wohnung Garagen gehören, nutzen Sie diese selbst?
Sind die Garagen einem anderen zum Gebrauch überlassen?
Für die Gebrauchsüberlassung erhalte ich monatlich _____ DM.
- ja nein
- ja nein
- ja nein
- 11 Haben Sie darüber hinaus Teile des Grundstücks oder dazugehörende Nebengebäude, Anlagen oder bauliche Einrichtungen einem anderen zum Gebrauch überlassen?
Falls ja, für welche Teile? _____
- Wieviel Entgelt erhalten Sie dafür monatlich? _____ DM.

1557

Anlage zum Antrag auf Wohngeld

vom _____

bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie bitte Zutreffendes so an ☐.

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist,
bitte einsetzen)

Zum Unterhalt verpflichtet sind Ehegatten untereinander, Verwandte in gerader Linie untereinander (z. B. Kinder gegenüber den Eltern), der Vater gegenüber seinem nichtehelichen Kind, der Vater gegenüber der Mutter seines nichtehelichen Kindes aus Anlaß der Geburt, geschiedene Ehegatten untereinander.

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, ggf. Telefon)

Von den zu meinem Haushalt rechnenden Familienmitgliedern leisten Unterhalt
Name, Vorname

an (Name, Vorname, Verwandtschaftsverhältnis, Anschrift)

in folgender Höhe monatlich _____ DM.

Name, Vorname

Name, Vorname

Die Unterhaltsleistungen sind bestimmt für

- a) die auswärtige Unterbringung eines in der Berufsausbildung befindlichen, zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedes,
- b) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen (Kinderzulage, Kinderzuschläge) gewährt werden,
- c) die auswärtige Unterbringung einer in der Berufsausbildung befindlichen, nicht zum Haushalt rechnenden Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden,
- d) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die weder Kindergeld noch vergleichbare Leistungen gewährt werden,
- e) den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (eingeschlossen sind Nichtigkeit oder Aufhebung der Ehe)

Ort, Datum, Unterschrift

1559

Verdienstbescheinigung**zum Antrag auf Wohngeld**

(Auskunftspflicht des Arbeitgebers nach § 25 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes)

--	--	--	--	--	--	--	--

Wohngeldnummer

Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen

Arbeitnehmer (Name, Vorname)	Anschrift		
------------------------------	-----------	--	--

Geburtsdatum	beschäftigt vom — bis	als (Beruf/Tätigkeit)	Steuerklasse	Kinder lt. Steuerkarte
--------------	-----------------------	-----------------------	--------------	---------------------------

1 Steuerpflichtige Bruttoeinnahmen in den letzten zwölf Monaten vor Stellung des Antrages auf Wohngeld (ohne Sonderzuwendungen, vgl. Zeile 2):				
Monat	198	DM	Monat	198 DM
Monat	198	DM	Monat	198 DM
Monat	198	DM	Monat	198 DM
Monat	198	DM	Monat	198 DM
Monat	198	DM	Monat	198 DM
Monat	198	DM	Summe	DM

Davon vermögenswirksame Leistungen nach dem 4. VermBG, die vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer zusätzlich und über den geschuldeten Arbeitslohn hinaus erbracht wurden.

Seit 198 Prämien sparen Bausparen Lebensversicherung

Arbeitnehmer-Sparzulage DM

2 **Sonderzuwendungen folgender Art (gezahlte oder zu erwartende):**

Weihnachtsgeld	DM
Zusätzliches Urlaubsgeld	DM
Zusätzliche Monatsgehälter	DM
Sonstige Leistungen	DM

3 **Steuerfreie Bezüge folg. Art. (z. B. Schlechtwetterg., Zuschl. f. Sonn-, Feiertags- u. Nacharbeit usw.):**

	DM
--	----

4 **Sachbezüge folgender Art (soweit nicht in den Beträgen zu 1 enthalten):**

	DM
--	----

5 **Ausfallzeiten aus folgendem Grund:**

	vom — bis
--	-----------

6 **Änderung der Einnahmen.** Werden sich die Einnahmen des Arbeitnehmers in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10 v. H. erhöhen? ja nein

6.1 Falls ja, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Datum, DM)

--	--

6.2 Grund für die Verringerung oder erhebliche Erhöhung der Einnahmen:

--	--

7 **Krankenversicherung, Rentenversicherung und Steuern.** Der Arbeitnehmer entrichtet:7.1 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ja nein7.2 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ja nein7.3 Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen ja nein7.4 Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn-, oder Kirchensteuer) ja nein8 **Krankenversicherung (Name und Anschrift der Krankenkasse)****Hinweis**

Wenn Krankengeld oder Mutterschaftsgeld bezogen wird oder bezogen wurde, bitte die Rückseite dieses Vordruckes von der zuständigen Krankenkasse vervollständigen lassen.

Bei Bezug von Unterhalts geld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Berufsausbildungsbeihilfe nach § 40 a des Arbeitsförderungsgesetzes bitte die Leistungsbescheide des Arbeitsamtes vorlegen.

9 Das Ausbildungsverhältnis des Auszubildenden hat begonnen am _____ und endet am _____

Die Vergütung des Auszubildenden beträgt im 1. Ausbildungsjahr _____ DM 3. Ausbildungsjahr _____ DM
2. Ausbildungsjahr _____ DM 4. Ausbildungsjahr _____ DM

Ich versichere, daß die in dieser Bescheinigung gemachten Angaben vollständig und wahr sind. Ich bin mir bewußt, daß falsche Angaben strafrechtlich verfolgt werden können.

Ort, Datum

Telefon

Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers

Bestätigung der Krankenkasse

Versicherter (Name, Vorname) _____

Anschrift _____

Geburtsdatum _____ Bestätigungszeitraum _____

Die/der Versicherte

- war bzw. ist arbeitsunfähig krank und erhielt bzw. erhält folgendes Krankengeld:
 unterlag bzw. unterliegt der Schutzfrist und erhielt bzw. erhält folgendes Mutterschaftsgeld:

vom — bis	Tage	Tagessatz DM	Gesamtbetrag DM	bei wöchentlich
				Tagen
				Tagen
				Tagen

Von dem Krankengeld wurden

- keine Beträge einbehalten; folgende Beträge einbehalten:

Zeitraum _____ DM _____ Grund _____

Aktenzeichen _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift _____

Ort, Datum _____

Bescheinigung des Finanzamtes

(Nur bei erhöhten Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit erforderlich)

Finanzamt _____

Ort, Datum _____

Dem umseitig benannten Arbeitnehmer wird bescheinigt, daß im Kalenderjahr _____

bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit Werbungskosten gem. § 9 EStG in Höhe von _____ DM insgesamt (einschl. des Pauschbetrages nach § 9 a Nr. 1 EStG)

in Worten _____ Deutsche Mark

- anerkannt wurden; voraussichtlich anerkannt werden.

Unterschrift _____ Dienstsiegel _____

Bescheinigung des Arbeitsamtes (bei Bezug von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe)

Der umseitig benannte Arbeitnehmer war in den letzten zwölf Monaten vor der Antragstellung auf Wohngeld während folgender Zeiten arbeitslos:

Der Arbeitnehmer erhielt in der Zeit	Arbeitslosengeld/-hilfe von
vom — bis	wöchentlich DM

Ort, Datum _____

Telefon _____

Stempel und Unterschrift des Arbeitsamtes _____

Wohngeld-Lastenberechnung

zum Antrag vom

198 , Wohngeldnummer



Gegenstand der Wohngeld-Lastenberechnung:

Der nachfolgenden Berechnung liegt / die zu erwartende Belastung für den Zeitraum vom bis 198.

bis zum 198 / die Belastung für das Kalenderjahr 198 / zugrunde.“)

1 Ausweisung der Fremdmittel und der Belastung aus dem Kapitaldienst

1.1 Jährliche Belastung aus Fremdmitteln

1.2 Laufende Bürgschaftskosten (jährlich) DM

1.3 Erbbauzinsen (jährlich) DM

1.4 Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen (jährlich)

Jährliche Belastung aus dem Kapitaldienst DM

2 Ausweisung der Belastung aus der Bewirtschaftung

2.1 Instandhaltungs- und Betriebskosten
Wohnfläche und Nutzfläche der Geschäftsräume qm x 20,00 DM DM

2.2 Jährliche Grundsteuer DM

2.3 Jährliche Verwaltungskosten an andere **DM**

2.4 Jährliche Kosten für die Fernheizung ohne Betriebskosten _____ **DM**

Jährliche Belastung aus der Bewirtschaftung DM

3 Pachtzins für die gepachtete Landzulege (jährlich)

Übertrag (Summe 1 bis 3) **DM**

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

Übertrag (Summe 1 bis 3) DM

4 Abzüglich Beiträge Dritter zur Aufbringung der Belastung (jährlich)

Art der Beiträge: DM

5 Abzüglich Ertrag oder Nutzungswert der Garage

6 Es verbleiben DM

7 Belastung für Räume oder Flächen, die von dem Antragberechtigten oder einem zu seinem Haushalt rechnenden Familienmitglied ausschließlich gewerblich oder beruflich benutzt werden =

..... qm × $\frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM

8 Belastung für Wohnraum, der einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich zum Gebrauch überlassen ist, abzüglich der Beiträge zur Deckung der Kosten des Betriebs zentraler Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen sowie zentraler Brennstoffversorgungsanlagen, der Betriebskosten für die Fernheizung und der Vergütungen für die Überlassung von Möbeln, Kühlchränken und Waschmaschinen =

8.1 qm × $\frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM

8.2 Tatsächlich erzieltes Entgelt abzüglich der anteiligen Kosten und Vergütungen DM

8.3 Anzusetzender Betrag DM

9 Summe 7 und 8 DM

10 Belastung für die eigengenutzte Wohnfläche jährlich DM

monatlich DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Einkommensermittlung bei nichtbuchführungspflichtigen Landwirten

A. Einnahmen (jährlich)

1. Wert der Arbeitsleistung
(Berechnung siehe Rückseite) _____ DM
 2. Zuschlag für Betriebsleitung
4,8 v. H. des Vergleichswerts von _____ DM _____ DM
 3. Reinertrag der landw. Nutzung
8,4 v. H. des Vergleichswerts von _____ DM _____ DM
 4. Sonstige Einnahmen
 - 4.1 Pachteinnahmen _____ DM
 - 4.2 Gewinne aus nachhaltigen oder einmaligen Betriebseinnahmen (z. B. aus Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, übernormaler Tierhaltung), sofern bei Veranlagung zur Einkommensteuer gesondert festgestellt _____ DM
 - 4.3 Gewinn aus Veräußerung von Grund und Boden _____ DM
 - 4.4 _____ DM
 5. Mietwert der eigengenutzten Wohnung (Jahresbetrag) — nur anzusetzen im Falle einer Mietzuschußgewährung _____ DM
- Summe der Einnahmen (Jahresbetrag) _____ DM

B. Abzugsfähige Beträge (jährlich)

1. Pachtzinsen bis zum Höchstbetrag von 8,4 v. H. des Vergleichswerts der gepachteten Flächen _____ DM
2. Altenteilstaben _____ DM
3. Schuldzinsen und andere dauernde Lasten, die Betriebsausgaben sind _____ DM
4. Sonstige Abzüge _____ DM

Summe der Abzüge (Jahresbetrag) _____ DM

A. Summe der Einnahmen _____ DM

abzgl. B. Summe der Abzüge _____ DM

Einkommen (jährlich) aus Land- und Forstwirtschaft _____ DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anmerkung: In Nummern 1, 2 und 3 sind die Flächen des Weinbaus, des Gartenbaus und der Sonderkulturen in die Berechnung einzubeziehen, wenn der Gewinn aus diesen Flächen nicht bei der Veranlagung gesondert festgestellt wird.

Ermittlung des Wertes der Arbeitsleistung (jährlich)

Als Wert der Arbeitsleistung *) ist anzusetzen:

1. bei Betrieben mit 14 ha und mehr der dreieinhalbache Satz der Unterhalts-
hilfe nach § 269 Abs. 1 LAG

= $3,5 \times$ _____ DM x 12 = _____ DM

2. bei Betrieben mit weniger als 14 ha jeweils $\frac{1}{14}$ des Gesamtbetrages zu 1.

je ha _____ DM x Hektarzahl _____ = _____ DM

3. bei Betrieben mit weniger als 12 ha der nach 2. errechnete Gesamtbetrag ge-
kürzt

um 30 v. H. für Betriebe bis 4 ha _____ DM

um 20. v. H. für Betriebe von 5 bis 8 ha _____ DM

um 10 v. H. für Betriebe von 9 bis 11 ha _____ DM _____ DM

4. Von dem Wert der Arbeitsleistung sind, jedoch nicht über diesen Betrag
hinaus, abzuziehen bei einem Grad der Behinderung von

50 bis 65 10. v. H. des Betrages, mindestens 840,— DM /-. _____ DM

mehr als 65 bis 85 15. v. H. des Betrages, mindestens 1080,— DM /-. _____ DM

mehr als 85 25. v. H. des Betrages, mindestens 1560— DM /-. _____ DM

Wert der Arbeitsleistung (jährlich) _____ DM

*) Der Wert der Arbeitsleistung ist jeweils in der Zeile auszuwerten, die der Betriebegröße entspricht, so daß davon im Falle der Behinderung der unter Nummer 4 nach Grad dieser Behinderung ausgewiesene Betrag abzusetzen ist.

Einkommensgrundlagen / allgemein

1	Land- und Forstwirtschaft	101		201		301		401		501	
2	Gewerbe	102		202		302		402		502	
3	Selbständige Arbeit	103		203		303		403		503	
4	Erhöhte Absatzungen zu 1 – 3	104		204		304		404		504	
5	Nichtselbständige Arbeit	105		205		305		405		505	
6	Werbungskosten zu 5	106		206		306		406		506	
7	Sonstige Einnahmen	107		207		307		407		507	
8	Werbungskosten zu 7	108		208		308		408		508	
9	Erhöhte Absatzungen zu 7	109		209		309		409		509	
10	Einnahmen § 14	110		210		310		410		510	
11	davon nicht außer Betracht bleibende Einnahmen	111		211		311		411		511	
12	Kinderfreibeträge	112		212		312		412		512	
13	Unterhaltsverpflichtungen § 12a	141		241		341		441		541	
14	Freibetrag § 15 Abs. 2	142		242		342		442		542	
15	Freibetrag § 16	144		244		344		444		544	

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 28. 2. 1983

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	143		243		343		443		543	
---	-------------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 30. 6. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	145		245		345		445		545	
---	-----------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 7. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	151		251		351		451		551	
---	-----------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 1. 1986

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	161		261		361		461		561	
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	162		262		362		462		562	

1	Berechnungsart	700									
2	Kontrollblattanforderung	772									
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat	Jahr						
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat	Jahr						
5	Kontrollsumme	999									

Angaben für statistische Auswertung

§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941		
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942		
§ 15 Abs. 1	943		

Erläuterungstexte

Kennzahl	Ergänzung

Im Auftrag
Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.
(Unterschrift)
Im Auftrag
(Ort, Datum)
(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

für Folgeeingaben

Einkommensgrundlagen / allgemein

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2 - 3	4 - 6	7 - 11	12

Anlage 7 Muster 3 b

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 28. 2. 1983

1 Freibeträge § 15 Abs. 3 143 243 343 443

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 30. 6. 1983

1 Pauschaler Abzug § 17 145 245 345 445

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 7. 1983

1 Pauschalver Abzug § 17 151 — 251 — 351 — 451 —

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 1. 1986

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	161	—	261	—	361	—	461	—
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	162	—	262	—	362	—	462	—

1	Berechnungsart	700				Angaben fü § 14 Abs. 1 Nr. 6
2	Kontrollblattanforderung	772				
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat	Jahr	
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat	Jahr	
5	Kontrollsumme	999				

Angaben für statistische Auswertung				
§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941			
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942			
§ 15 Abs. 1	943			

Kennzahl	Erläuterungstexte

Im Auftrag

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

**Eingabewertbogen Wohngeld
für Folgeeingaben**

Anlage 8
Muster 3c

Anschrift - Antragsteller oder Zahlungsempfänger -		Anrede (28)	Name, Vorname (22-44)		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsselzett 15-20	
Straße, Hausnummer (45-60)		PLZ (61-64)	Ort (65-80)			018700 018701 018702	
Unbare Zahlung		Bankleitzahl (21-28)	Konto-Nr. (61-70)		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsselzett 15-20	
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)						028700 028701 028702	
KZ	/	KZ	/	KZ	/	KZ	Wert
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
1	Berechnungsart	700					
2	Wohngeldkontoblatt	772					
3	Beginn des Zahlungszeitraums	773	Tag	Monat	Jahr		
4	Ende des Zahlungszeitraums	774	Tag	Monat	Jahr		
5	Kontrollsumme	999					

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Ort, Datum)
Im Auftrag
(Unterschrift)

Im Auftrag
(Unterschrift)

**Eingabewertbogen Wohngeld
für Folgeeingaben**

- HINWEISFALL -

Anlage 8 g
Muster 3c

Anschrift - Antragsteller oder Zeitungsempfänger -		Anrede (2)	Name, Vorname (22-44)			Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
Straße, Hausnummer (45-60)		PLZ (61-64)	Ort (65-80)				018700 018701 018702
Unbare Zahlung		Bankleitzahl (21-26)	Konto-Nr. (61-70)			Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)							028700 028701 028702
KZ	/	KZ	/	KZ	/	KZ	Wert
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
KZ	/	KZ	/	KZ	/		
1	Berechnungsart	700					
2	Wohngeldkontoblatt	772					
3	Beginn des Zahlungszeitraums	773	Tag	Monat	Jahr		
4	Ende des Zahlungszeitraums	774	Tag	Monat	Jahr		
5	Kontrollsumme	999					

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Ort, Datum)

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

55
52
54
56

Eingabewertbogen Wohngeld

Unterbrechung – Einstellung

Wohn geldnummer			Unterscheidungs- nummer	PZ
RB	Kreis	Gemeinde		
1	2-3	4-6	7-11	12

1	Unterbrechung der Zahlung				Anw.-Nr.	Schlüsseltext
		13-14	15-20			
						91 87 00
	Anweisungstag für die Unterbrechung		Tag	Monat	Jahr	
2	Aufhebung der Unterbrechung				Anw.-Nr.	Schlüsseltext
		13-14	15-20			
						91 87 10
	Anweisungstag für die Aufhebung		Tag	Monat	Jahr	
3	Einstellung einer laufenden (gleichbleibenden) Zahlung des laufenden oder eines bereits abgelaufenen Zahlungszeitraums				Anw.-Nr.	Schlüsseltext
		13-14	15-20			
3.1	Erster Zeitraum					
	a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat	Jahr	
	b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat	Jahr	
		Kontrollsumme				
3.2	Zweiter Zeitraum				Anw.-Nr.	Schlüsseltext
		13-14	15-20			
	a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat	Jahr	
	b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat	Jahr	
		Kontrollsumme				

Anmerkung zu Nummer 3:

Einmalig festgesetzte Wohngeldbeträge sind durch Anweisung von Unterschiedsbeträgen mit Muster 7 (Tz 2) aufzuheben oder zu berichtigten.

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Im Auftrag

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

für laufende und einmalige Zahlungen

Wohngeldkontoblatt

Inausgabebelassung überzahlt Wohngeldes

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Anschrift – Antragsteller oder Zahlungsempfänger –	Anrede (21)		Name, Vorname (22–44)		Anw.-Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
Straße Hausnummer (45–60)		PLZ (61–64)	Ort (65–80)			01 87 00
						01 87 01
						01 87 02
Unbare Zahlung	Bankleitzahl (21–28)		Konto-Nr. (61–70)		Anw.-Nr.	Schlüsseltext
					13–14	15–20
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29–60)						02 87 00
						02 87 01
						02 87 02

		Anw. Nr.	Schlüsseltext
		13-14	15-20
1	Anweisung für die laufende Auszahlung von Wohngeld		06 87 00 06 87 10
1.1	Betrag des monatlich auszuzahlenden Wohngeldes	DM	Pf
1.2	Beginn des Zahlungszeitraums	Monat	Jahr
1.3	Ende des Zahlungszeitraums	Monat	Jahr
1.4	Soll für den Zahlungszeitraum – Tz 1.3 bis 1.4 –	DM	Pf

		Kontrollsumme			
		Anw. Nr.	Schlüsseltext		
		13-14	15-20		
2	Anweisung für die Auszahlung oder Rückforderung von einmaligen Wohngeldbeträgen (Teilbeträge des laufenden Zahlungszeitraums oder Festsetzungen für Zeiträume vor dem laufenden Zahlungszeitraum)				23 87 00
2.1	Anweisungstag		Tag	Monat	Jahr
2.2	Fälligkeitstermin		Tag	Monat	Jahr
2.3	Auszuzahlender (schwarz einzutragender) oder zurückzufordernder (rot einzutragender) Betrag (= Unterschiedsbetrag zur bisherigen Festsetzung)		DM	Pf	

				Kontrollsumme			
				Anw.-Nr.	Schlüsseltext		
				13-14	15-20		
3	Wohngeldkontoblatt						04 87 00
	Eingabe folgender Berechnungsdaten	700	6	—————	772		—————

		Anw.Nr	Schlüsseltext
		13-14	15-20
4	Inausgabebelassung überzahlten Wohngeldes		72 87 00
4.1	Anweisungstag	Tag	Monat Jahr
4.2	Betrag	DM	Pf

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Or, Return)

Anlage 11
Muster 8

LANDESAMT
FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK
NORDRHEIN-WESTFALEN
IM AUFRÄGE DER
OBERFINANZDIREKTION DÜSSELDORF
OBERFINANZKASSE (LAND)

244.1618

WOHNGELDKONTOBLATT
IM AUFTRÄGE DER
OBERFINANZDIREKTION DÜSSELDORF

FÜR DIE BEHÖRDE

BLATT

STAND:

ZAHLUNGS-INFORMATIONEN: 797/ 798/ 799/ 800/ ZAHLUNGS-UNTERBRECHUNG:

BUCHUNGS-DATUM 1	GESAMT/ ZEITRAUM 2	ZEITRAUM VON 3	ZEITRAUM BIS 4	MONATS- BETRAG 5	GESAMT/FÄLLIG. 6	BUCHUNGS- DATUM 7	IST- BETRAG 8
							GESAMT-IST BIS

GESAMTBETRAG/SOLL (BIS FÄLLIGKEIT):

GESAMTBETRAG/IST:

VERBLEIBENDER KASSENREST:

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Wohngeldnummer)

Betrifft: Wohngeld

hier: Wiederholungsantrag

Sehr geehrter Wohngeldempfänger!

Der Bewilligungszeitraum für die laufenden Wohngeldzahlungen endet am _____.

Das Wohngeld kann nur weiterbewilligt werden, wenn Sie einen neuen Antrag stellen. Dieser Antrag ist spätestens bis zum _____ einzureichen,

wenn der neue Bewilligungszeitraum unmittelbar an den abgelaufenen Bewilligungszeitraum anschließen soll. Es empfiehlt sich jedoch, den Antrag unter Verwendung des beiliegenden Vordrucks schon jetzt einzureichen, weil sich sonst Verzögerungen in der Wohngeldzahlung nicht vermeiden lassen.

Zum Antrag sind die Nachweise beizufügen, die für die Entscheidung von Bedeutung sind. Diese können auch nachgereicht werden. Beachten Sie bitte die beigegebene Aufstellung der in Betracht kommenden Unterlagen und die Erläuterungen zum Antrag. Es liegt auch in Ihrem Interesse, daß Sie die beiliegenden Vordrucke vollständig ausfüllen, damit die Bearbeitung des Antrags nicht durch zeitraubende Rückfragen verzögert wird.

Um alle Anträge schnell bearbeiten zu können, werden Sie gebeten, von persönlichen Vorsprachen abzusehen. Falls eine Rücksprache erforderlich ist, erhalten Sie eine schriftliche Einladung.

Sollten Sie bereits einen Wiederholungsantrag gestellt haben, so betrachten Sie bitte dieses Schreiben als erledigt.

Mit freundlichen Grüßen
Bewilligungsbehörde für Wohngeld

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Ort, Datum)

An die
Oberfinanzdirektion Düsseldorf
— Oberfinanzkasse (Land) —
Jürgensplatz 1
4000 Düsseldorf 1

Betrifft: Zahlungsverhinderung von Wohngeld

Der zum Ende / zur Mitte *) des Monats _____ **198** _____ fällige Wohngeldbetrag

für _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

zu zahlen an _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

Wohngeldnummer ist nicht auszuzahlen.

Betrag

Die Zahlungsverhinderung ist bereits am 198 **fern mündlich veranlaßt worden.**

Im Auftrag

(Unterschrift)

Vermerk der Oberfinanzkasse	
erledigt:	unerledigt zurück:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf
— Oberfinanzkasse (Land) —
An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor

Düsseldorf, den _____

Betrifft: Zahlungsverhinderung von Wohngeld

Die Zahlungsverhinderung des zum Ende / zur Mitte *) des Monats _____ **198** _____ **fälligen Wohngeldbetrages**

für _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

zu zahlen an _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

- ist veranlaßt.
 Bei Eingang der Zahlungsverhinderung waren die Überweisungsträger bereits versandt.
 Der Zahlungsempfänger ist in der Gesamtzahlungsliste nicht aufgeführt.

Im Auftrag

***) Nichtzutreffendes bitte streichen.**

(Unterschrift)

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Ort, Datum)

An die
Außenstelle des Landesamtes für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Concordiastraße 32 (Berocenter)
4200 Oberhausen 1

Betreff: Wohngeld
hier: Arbeitsbegleitzettel für maximal 300 Eingabewertbogen

RB	Kreis	Gemeinde	Aufgabengebiet	Lfd. Nummer des Arbeitsbegleitzettels
			1618	

Als Anlage übersende ich _____ Eingabewertbogen mit der Bitte um weitere Veranlassung.

im Auftrag

_____ (Unterschrift)

4200 Oberhausen, den _____

Urschriftlich an den Absender zurückgesandt.

Die Zahl der Eingabewertbogen weicht von der angegebenen Zahl ab. Durch das LDS wurden _____ Eingabewertbogen gezählt.

im Auftrag

_____ (Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

Wohngeldauskunftsverfahren

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Name und Anschrift des Antragstellers: _____

Anw.-Nr.	Schlüsseltext
13-14	15-20

Anweisung für die Beteiligung am Wohngeldauskunftsverfahren

21

Aenderungsschlüssel DTA: Zugang = 1 Änderung = 2 Abgang = 4

23

Schlüssel Sozialamt: Abgang = 0 Zugang — Wohngeld nicht an das Sozialamt gezahlt
 Zugang — Wohngeld an das Sozialamt gezahlt
 Zugang — Nachzahlung und Zahlung für den laufenden Monat an das Sozialamt gezahlt

= 1

= 2

= 3

24

Schlüssel Kasse: Abgang = 0 Zugang = 1

27-40

Aktenzeichen Sozialamt:

41-60

Kassenzeichen:

Anw.-Nr.	Schlüsseltext
13 - 14	15 20

Zahlungsempfänger 1

Straße, Hausnummer (45-60) PLZ (61-64) Ort (65-80)

01 87 01

Zahlungsempfänger 2

Straße, Hausnummer (45-60) PLZ (61-64) Ort (65-80)

01 87 02

Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 1

Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)

02 87 01

Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 2

Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)

02 87 02

Anw.-Nr.	Schlüsseltext
13-14	15-20
	0 4 8 7 0 0

Eingabe folgender Berechnungsdaten 700 6 _____ Anteiliges Wohngeld an Sozialhilfeträger 800 _____

Sozialhilfeempfänger 948 _____

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

Im Auftrag

(Unterschrift)
Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

- MBI. NW. 1985 S. 1532.

II.

Hinweise**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 19 v. 1. 10. 1985**

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen		
Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZ)	217	denn, daß dadurch der Zweck der Beweissicherung verfehlt würde. Eine von einer Partei erst im anschließenden Hauptprozeß angebrachte Ablehnung des Sachverständigen ist unzulässig, wenn ihr die behaupteten Ablehnungsgründe schon während des Beweissicherungsverfahrens (hier: durch das Gutachten selbst) bekannt gewesen oder geworden sind.
Amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen von Justizbediensteten	217	OLG Düsseldorf vom 23. August 1985 – 23 W 31/85 223
Berufsschulunterricht in Justizvollzugsanstalten	220	2. PStG § 47; BGB § 1355 II Satz 1; EGBGB Art. 14 – Schließen gemischtnationale Verlobte (hier: Türke und Deutsche) mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland vor einem deutschen Standesbeamten die Ehe, so können die Verlobten den Geburtsnamen der deutschen Ehefrau als gemeinsamen Ehenamen bestimmen, auch wenn das Heimatrecht des ausländischen Ehemannes eine solche Namenswahl nicht kennt und deshalb auch nicht anerkennt.
Bekanntmachungen	220	OLG Hamm vom 13. Juni 1985 – 15 W 84/83 225
Personalnachrichten	221	
Ausschreibungen	223	
Rechtsprechung		
Zivilrecht		
1. ZPO §§ 406, 485 ff. – Die Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit im Beweissicherungsverfahren ist grundsätzlich zulässig, es sei		– MBl. NW. 1985 S. 1577.

Nr. 20 v. 15. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen		
Dritte Verwaltungsverordnung zur Änderung der Verwaltungsverordnung über die Inanspruchnahme von Gerichtsvollziehern nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen	229	Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozeßkostenhilfe (DB – PKHG) 229
– VerwVO VwVG NW –	229	Bekanntmachungen 238
		Personalnachrichten 238
		Ausschreibungen 240

– MBl. NW. 1985 S. 1577.

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 57 v. 21. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
2036	24. 9. 1985	Dritte Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung G 131	592
216	23. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz und dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	592
7123	24. 9. 1985	Neunte Verordnung zur Änderung der 2. Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung	592
7123	24. 9. 1985	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen – Fachrichtungen Allgemeine Verwaltung des Landes und Kommunalverwaltung –	593
7124	24. 9. 1985	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung	593
75	24. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme	593
	30. 9. 1985	6. Nachtrag zur Urkunde vom 31. Dezember 1958 (GV. NW. 1959 S. 11) über die Verlängerung der Verleihung des Rechts zum Betrieb der Neusser Eisenbahn	594

– MBl. NW. 1985 S. 1578.

Einzelpreis dieser Nummer 15,- DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahrs nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3569